

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
Teil 1 Meinungsstand und Fragestellung	1
A. Die Auffassung der herrschenden Lehre	2
B. Grundlegende Problematik und Kritik	9
C. Methodik und Gang der Untersuchung	14
Teil 2 Grundlagen, Entwicklung und Bestand des aktienrechtlichen Beschlussmängelsets	17
A. Die Anfänge der Aktiengesellschaft	18
B. Die Aktienrechtsnovelle von 1884	26
C. Das Handelsgesetzbuch von 1897	40
D. Die Reformbestrebungen in der Weimarer Republik und das Aktiengesetz von 1937	56
E. Das Aktiengesetz von 1965	66
F. Die Entwicklung bis zur Gegenwart	81
G. Die Zukunft des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts	107
H. Resümee zur Entwicklung des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts	113
Teil 3 Die generelle Übertragbarkeit des aktienrechtlichen Beschlussmängelsets auf die GmbH	117
A. Die funktionelle Vergleichbarkeit: die Kapitalsammelfunktion	117
B. Die historische Vergleichbarkeit: der Standpunkt des subjektiven Gesetzgebers	128
C. Die strukturelle Vergleichbarkeit: das Verfahren der Beschlussfassung	149
D. Die teleologische Vergleichbarkeit: das Bedürfnis nach Rechtssicherheit	165
E. Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH	192
Teil 4 Die Herleitung des allgemeinen Beschlussmängelrechts aus dem Anspruch auf Einhaltung der Verbandsverfassung	195
A. Die dogmatische Fundierung des allgemeinen Beschlussmängelrechts	196
B. Die Ausformung des allgemeinen Beschlussmängelrechts	219
C. Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH	223
Teil 5 Die Durchbrechungen des allgemeinen Beschlussmängelrechts durch die analoge Anwendung einzelner Elemente der aktienrechtlichen Regelung	225
A. Die Nichtigkeit von Beschlüssen	225

IX

Inhaltsübersicht

B.	Die Anfechtbarkeit von Beschlüssen	245
C.	Die Aktivlegitimation	321
D.	Die Passivlegitimation	337
E.	Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung	346
F.	Prozessuale	368
Teil 6 Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen		381
Abkürzungen		389
Literatur		397
Sachregister		443

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Teil 1 Meinungsstand und Fragestellung	1
A. Die Auffassung der herrschenden Lehre	2
B. Grundlegende Problematik und Kritik	9
C. Methodik und Gang der Untersuchung	14
Teil 2 Grundlagen, Entwicklung und Bestand des aktienrechtlichen Beschlussmängelsystems	17
A. Die Anfänge der Aktiengesellschaft	18
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts	18
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts	21
B. Die Aktienrechtsnovelle von 1884	26
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts	26
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts	27
1. Die Kodifikation des Anfechtungsrechts	27
a) Motive des historischen Gesetzgebers	28
b) Inhalt der neuen gesetzlichen Regelung	29
2. Auswirkungen der Kodifikation des Anfechtungsrechts	31
a) Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft	31
b) Die Anfechtungsklage als Instrument objektiver Rechtskontrolle	32
c) Die Doppelfunktionalität der Anfechtungsklage	37
C. Das Handelsgesetzbuch von 1897	40
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts	40
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts	40
1. Legislatorische Neuerungen	40
2. Die Ausformung des Beschlussmängelrechts in Wissenschaft und Praxis	41
a) Konzeptionelle Schwächen des kodifizierten Anfechtungsrechts	41
b) Die Entwicklung der Unterscheidung von Nichtigkeit und Anfechtung	42
aa) Die frühen Ansätze in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	43
bb) Die Ansätze des Gesetzgebers des HGB 1897 und des FGG 1898	44
cc) Die Kriterien zur Bestimmung der Nichtigkeitsfolge	45
(1) Das Kriterium des Wesensverstoßes	45
(2) Das Kriterium des Kompetenzverstoßes	46
(3) Das Kriterium des öffentlichen Interesses	47

(4) Das Kriterium des Scheinbeschlusses	47
dd) Das Ringen um die Begrenzung der Nichtigkeitsfolge	49
c) Dogmatische Folgerungen aus der Unterscheidung	51
aa) Nichtigkeitsklage als allgemeine Feststellungsklage	51
bb) Bestandskraft des anfechtbaren Beschlusses nach Fristablauf	53
cc) Vorläufige Wirksamkeit des anfechtbaren Beschlusses	54
D. Die Reformbestrebungen in der Weimarer Republik und das Aktiengesetz von 1937	56
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts	56
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts	59
1. Kodifikation des Beschlussmängelrechts	60
a) Nichtigkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen	60
b) Anfechtbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen	63
c) Bekämpfung von Missbräuchen	64
2. Bedeutung des reformierten Organisationsrechts	64
3. Auswirkungen der Neukodifikation des Beschlussmängelrechts	65
E. Das Aktiengesetz von 1965	66
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts	66
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts	68
1. Legislatorische Neuerungen im Beschlussmängelrecht	68
2. Auswirkungen der Reform	69
a) Wiederbelebung des Berufsklägertums	69
b) Abgrenzung zwischen Anfechtbarkeit und Nichtigkeit	70
aa) Die theoretisch unbewältigte Abgrenzungsproblematik	70
(1) Einberufungsmängel nach § 241 Nr. 1 AktG	71
(2) Beurkundungsmängel nach § 241 Nr. 2 AktG	72
(3) Die Generalklauseln des § 241 Nr. 3 AktG	72
(4) Inhaltliche Sittenwidrigkeit nach § 241 Nr. 4 AktG	76
(5) Anfechtungsurteil und Löschung im Handelsregister (§ 241 Nr. 5, Nr. 6)	77
(6) Ungeregelte Nichtigkeitsgründe	78
(7) Ergebnisse	79
bb) Praktische Irrelevanz der Abgrenzungsproblematik	79
F. Die Entwicklung bis zur Gegenwart	81
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts	81
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts	82
1. Legislatorische Neuerungen	83
a) Neue Impulse für das Beschlussmängelrecht im UmWG 1994	83
b) Änderungen des Beschlussmängelrechts durch das UMAG	85
aa) Beschränkungen des Beschlussmängelrechts	85
bb) Fortentwicklung und Erweiterung des Freigabeverfahrens	86
c) Die weitere Umgestaltung des Beschlussmängelrechts durch das ARUG	87
2. Auswirkungen der Reformschritte	89
a) Die Wirkungsweise des Freigabeverfahrens	90
aa) Die betroffenen Hauptversammlungsbeschlüsse	91
bb) Die Freigabeentscheidung	91

(1) Die Freigabegründe	91
(a) Unzulässigkeit oder offenkundige Unbegründetheit	91
(b) Mindestbesitzklausel	92
(c) Wirtschaftliche Interessenabwägung	92
(2) Die besondere Schwere des Rechtsverstoßes	94
(a) Die besondere Schwere des Rechtsverstoßes als allgemeine Freigabegrenze	94
(b) Der Begriff der besondern Schwere des Rechtsverstoßes	95
cc) Die besondere Bestandskraftwirkung des freigegebenen Beschlusses	97
(1) Bindung des Registergerichts	97
(2) Die Wirkung der Eintragung in das Handelsregister	101
(3) Die Wirkung auf den Beschlussmängelprozesses	102
dd) Ergebnisse	103
b) Auswirkungen auf das System der Beschlussmängelkontrolle	103
aa) Die partielle Aufgabe der objektiven Kontrollfunktion	103
bb) Die neue Fehlerkategorie der Freigabewidrigkeit	106
G. Die Zukunft des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts	107
I. Künftige Probleme	108
II. Künftige Lösungsmöglichkeiten	109
1. Funktionelle Ersetzung durch eine Staatsaufsicht	110
2. Funktionelle Ersetzung durch Haftungsrecht und Aktionärsklage	110
3. Funktionelle Ersetzung durch das Kapitalmarktrecht	111
H. Resümee zur Entwicklung des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts	113
I. Das Spannungsverhältnis zwischen Legalitätssicherung und Funktionsfähigkeit	113
1. Legalitätssicherung	113
2. Funktionssicherung	114
3. Spannungsverhältnis	114
II. Die Einordnung der aktienrechtlichen Beschlussmängelklage	115
Teil 3 Die generelle Übertragbarkeit des aktienrechtlichen Beschlussmängelsystems auf die GmbH	117
A. Die funktionelle Vergleichbarkeit: die Kapitalsammelfunktion	117
I. Die Verzichtbarkeit der Kapitalsammelfunktion als Entstehungsgrund der GmbH	118
II. Strukturunterschiede zwischen GmbH und AG im Hinblick auf die Kapitalsammelfunktion	119
1. Beschränkung der Fungibilität des GmbH-Anteils	121
2. Erhöhtes Haftungsrisiko des GmbH-Gesellschafters	122
3. Der Einfluss des Organisationsrechts	124
a) Satzungsautonomie	124
b) Gesellschafterkompetenzen	125
c) Auskunftsrecht	126
d) <i>Actio pro socio</i>	126
e) Aufsichtsrat	127

III.	Schlussfolgerungen	127
B.	<i>Die historische Vergleichbarkeit: der Standpunkt des subjektiven Gesetzgebers</i>	128
I.	Das GmbHG von 1892	128
1.	Der historische Gesetzgeber	129
2.	Das Beschlussmängelrecht in Rechtsprechung und Literatur	131
a)	Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	131
aa)	Die ursprüngliche Rechtsprechung des Reichsgerichts	131
bb)	Ansätze einer Erosion des allgemeinen Anfechtungsrechts	132
b)	Das Schrifttum	134
aa)	Die frühe Literatur	134
bb)	Die spätere Literatur	135
3.	Ergebnisse	137
II.	Die Reformbestrebungen zur Zeit des Nationalsozialismus	138
1.	RMJ-E 1939	138
2.	Die Wende in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	140
III.	Reformbestrebungen in der Bundesrepublik	142
1.	Von der großen GmbH-Reform 1972/1973 zur kleinen GmbH-Reform 1980	142
a)	Gesetzesentwürfe und ihre eingeschränkte Verwirklichung	142
b)	Die Folgen für die Auslegung des geltenden Rechts	144
aa)	Die Bedeutung des RegE GmbHG 1972/1973	144
bb)	Die Bedeutung des § 24 Abs. 2 S. 1 KapErhG	145
2.	Reformen mit punktuелlem Bezug zum Beschlussmängelrecht	147
a)	BiRiLiG von 1985	147
b)	EGInsO von 1994	147
IV.	Schlussfolgerungen	148
C.	<i>Die strukturelle Vergleichbarkeit: das Verfahren der Beschlussfassung</i>	149
I.	Die Regelung des Aktienrechts	150
II.	Die Regelung des GmbH-Rechts	153
1.	Das Beschlussverfahren	153
2.	Folgen für das Beschlussmängelrecht	156
a)	Das grundlegende Problem des Hinzutretens einer dritten Kategorie des nicht fixierten Beschlusses	156
b)	Das Dilemma der herrschenden Auffassung	157
aa)	Die drohende Marginalisierung der Beschlussmängelklage nach aktienrechtlichem Vorbild	157
bb)	Die Beschlussfeststellung durch den Versammlungsleiter als Fixierungssubstitut	158
(1)	Die Defizite der Beschlussfeststellung	159
(2)	Die Beschlussfeststellung ersetzende Tatbestände	160
(3)	Ausnahmen von der fixierenden Wirkung der Beschlussfeststellung	162
III.	Schlussfolgerungen	164
D.	<i>Die teleologische Vergleichbarkeit: das Bedürfnis nach Rechtssicherheit</i>	165
I.	Die Rechtssicherheit im Beschlussmängelrecht der Aktiengesellschaft	167

1.	Die Interessenlage im Hinblick auf die Rechtssicherheit in der Aktiengesellschaft	168
a)	Das Bestandskraftinteresse	168
aa)	Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Aktiengesellschaft	168
bb)	Bestandskraft im Interesse Dritter	169
(1)	Grundsätzliche Einwände gegen ein Bestandskraftinteresse Dritter	170
(2)	Gesonderte Berücksichtigung problematischer Fälle durch das Gesetz	172
(a)	Umwandlungsvorgänge	172
(b)	Unternehmensverträge	173
(c)	Kapitalerhöhungen	174
(d)	Verzicht auf Ersatzansprüche	174
(e)	Bestellung des Abschlussprüfers	175
(f)	Vom Gewinnverwendungsbeschluss abhängige Ansprüche	176
(3)	Ergebnisse	176
b)	Das institutionelle Legalitätsinteresse	176
aa)	Das Interesse der Gläubiger	177
bb)	Das Interesse der Aktionäre und des Anlegerpublikums	177
c)	Das individuelle Rechtsschutzzinteresse	178
2.	Die Verwirklichung der Rechtssicherheit in der Aktiengesellschaft	179
3.	Die Konkretisierung des Bedürfnisses nach Rechtssicherheit für das Beschlussmängelsystem der Aktiengesellschaft	181
II.	Das Bedürfnis nach Rechtssicherheit im Beschlussmängelrecht der GmbH	182
1.	Die Interessenlage im Hinblick auf das Bedürfnis nach Rechtssicherheit in der GmbH	182
a)	Das Bestandskraftinteresse	182
aa)	Gefährdung des internen Rechtsfriedens in der GmbH	183
bb)	Bedeutung der umfassenden Kompetenz der Gesellschafter	183
cc)	Bestandskraft im Interesse Dritter	187
dd)	Ergebnisse	188
b)	Das institutionelle Legalitätsinteresse	188
aa)	Das Interesse der Gläubiger	188
bb)	Das Interesse der Gesellschafter	189
c)	Das individuelle Rechtsschutzzinteresse	190
2.	Leitlinien für einen Interessenausgleich in der GmbH	191
III.	Schlussfolgerungen	191
E.	<i>Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH</i>	192
Teil 4	Die Herleitung des allgemeinen Beschlussmängelrechts aus dem Anspruch auf Einhaltung der Verbandsverfassung	195
A.	<i>Die dogmatische Fundierung des allgemeinen Beschlussmängelrechts</i>	196
I.	Die Unzulänglichkeiten des Nichtigkeitsdogmas	196
II.	Der Anspruch auf gesetzes- und satzungskonformes Verhalten	198
1.	Die Begründung des Anspruchs	198
a)	Die Rechtslage in der Personengesellschaft	199

b) Die Rechtslage in der Körperschaft	200
2. Immanente Schranken des Anspruchs	205
3. Die Grundlage des allgemeinen Beschlussmängelrechts	209
a) Das Beschlussmängelrecht als Verwirklichung eines Aufhebungsanspruches	209
b) Das Beschlussmängelrecht als Verwirklichung eines Gegenrechts	214
aa) Die Rechtslage in der Personengesellschaft	214
bb) Die Rechtslage in der Körperschaft	217
<i>B. Die Ausformung des allgemeinen Beschlussmängelrechts</i>	219
I. Das Klagerecht des Mitgliedes	219
II. Das Klagerecht der Organe	222
III. Das Klagerecht Dritter	223
<i>C. Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH</i>	223
Teil 5 Die Durchbrechungen des allgemeinen Beschlussmängelrechts durch die analoge Anwendung einzelner Elemente der aktienrechtlichen Regelung	225
<i>A. Die Nichtigkeit von Beschlüssen</i>	225
I. Analoge Anwendbarkeit des § 241 AktG auf die GmbH	226
1. Einberufungsmängel nach § 241 Nr. 1 AktG	227
2. Beurkundungsmängel nach § 241 Nr. 2 AktG	229
3. Die Generalklauseln des § 241 Nr. 3 AktG	229
4. Inhaltliche Sittenwidrigkeit nach § 241 Nr. 4 AktG	232
5. Anfechtungsurteil und Löschung im Handelsregister (§ 241 Nr. 5, 6 AktG)	233
6. Ungeregelte Nichtigkeitsgründe	233
7. Ergebnisse	234
II. Die Heilung der Nichtigkeit nach § 242 AktG	234
1. Beurkundungsmängel nach § 241 Nr. 2 AktG	234
a) Die Funktion der Heilungsmöglichkeit im Aktienrecht	235
b) Die analoge Anwendbarkeit des § 242 Abs. 1 AktG auf die GmbH	235
2. Nichtigkeitsgründe nach § 241 Nr. 1, 3 und 4 AktG	238
a) Die Funktion der Heilungsmöglichkeit im Aktienrecht	239
b) Die analoge Anwendbarkeit des § 242 Abs. 2 AktG auf die GmbH	243
<i>B. Die Anfechtbarkeit von Beschlüssen</i>	245
I. Die Anfechtungsgründe und ihr Ausschluss	246
1. Die Grundregel des § 243 Abs. 1 AktG	246
2. Die Erlangung von Sondervorteilen nach § 243 Abs. 2 AktG	250
3. Verfahrensverstöße als Anfechtungsgründe und § 243 Abs. 4 S. 1 AktG	253
a) Das grundlegende Kausalitätsproblem	253
b) Die Lösung des Kausalitätsproblems im Aktienrecht	255
c) Die Übertragbarkeit der Lösung auf die GmbH	257
4. Der Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 243 Abs. 3 AktG	260
a) Anfechtungsausschluss bei technischen Störungen (§ 243 Abs. 3 Nr. 1 AktG)	260

b) Anfechtungsausschluss bei Verletzung bestimmter Publizitäts- und Weitergabepflichten (§ 243 Abs. 3 Nr. 2 AktG)	261
c) Anfechtungsausschluss bei möglichem Ersetzungsverfahren (§ 243 Abs. 3 Nr. 3 AktG)	261
5. Der Ausschluss der Anfechtbarkeit durch Bestätigung (§ 244 AktG)	262
a) Die aktienrechtliche Regelung	262
aa) Die Beseitigung von Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Erstbeschlusses als Normzweck	262
bb) Die Vermeidung rückwirkender Beschlussnichtigkeit als Normzweck	267
cc) Die Heilung von Verfahrensmängeln als Normzweck	268
b) Die Übertragbarkeit auf die GmbH	270
II. Die Beschränkung der Geltendmachung von Anfechtungsgründen	273
1. Die Vorläufige Wirksamkeit anfechtbarer Beschlüsse	275
a) Die Rechtslage im Aktienrecht	275
aa) Begründungsdefizite der vorläufigen Wirksamkeit	275
bb) Die Inhaltslosigkeit der vorläufigen Wirksamkeit	280
b) Die Rechtslage in der GmbH	284
2. Die Frist zur Geltendmachung von Anfechtungsgründen	284
a) Die Rechtslage im Aktienrecht	284
b) Die Rechtslage in der GmbH	285
aa) Der Meinungsstand	286
bb) Die Übertragbarkeit der Monatsfrist auf das Recht der GmbH	290
(1) Rechtsschutzinteresse und Präklusionsfrist	290
(a) Die Relevanz besonderer rechtlicher Schwierigkeiten	291
(b) Die Relevanz der Erhaltung von Verhandlungsmöglichkeiten	291
(c) Die Relevanz mangelnder Kenntnis vom Beschluss	292
(d) Die Relevanz des Rechtsschutzinteresses	296
(e) Schlussfolgerungen	297
(2) Rechtssicherheit und Präklusionsfrist	297
(a) Die Relativierung der Rechtssicherheit durch eine flexible Präklusionsfrist	297
(b) Das Bedürfnis nach Rechtssicherheit in der GmbH	298
(c) Schlussfolgerungen	299
cc) Die Präklusion im Recht der GmbH als Verwirkungsproblem	299
c) Ergebnisse	301
3. Das Klageerfordernis	301
a) Die Rechtslage im Aktienrecht	301
b) Die Übertragbarkeit des Klageerfordernisses auf die GmbH	304
aa) Der Meinungsstand	305
(1) Argumente gegen das Erfordernis der Anfechtungsklage	306
(2) Argumente für das Erfordernis der Anfechtungsklage	307
bb) Die Vergleichbarkeit der Interessenlage	309
(1) Klageerfordernis und Verwirkung	309
(2) Klageerfordernis und Rechtssicherheit	311
(a) Die Herstellung der Rechtssicherheit durch das Klageerfordernis im Aktienrecht	311

(b) Defizite des aktienrechtlichen Systems bei Übertragung auf die GmbH	312
(c) Der Zwang zur gerichtlichen Entscheidung	312
(d) Verteilung der Prozessführungslast	315
(e) Schlussfolgerungen	316
(3) Klageerfordernis und unmittelbarer Rechtsschutz gegen die relevante Maßnahmen	316
(a) Die Interessenlage	316
(b) Einzelfälle	317
c) Ergebnisse	320
C. Die Aktivlegitimation	321
I. Die Klagebefugnis der Mitglieder	322
1. Die Restriktionen des § 245 Nr. 1–3 AktG	322
a) Die Anfechtungsbefugnis der Aktionäre	322
b) Die Übertragbarkeit der Restriktionen auf die GmbH	323
aa) Erwerb vor der Bekanntmachung der Tagesordnung	323
bb) Teilnahme in der Gesellschafterversammlung	324
cc) Widerspruchserfordernis	326
2. Anfechtungsbefugnis und Zustimmung zum Beschluss	328
II. Die Klagebefugnis des Geschäftsführungsorgans (§ 245 Nr. 4 AktG)	329
III. Die Klagebefugnis der Organmitglieder (§ 245 Nr. 5 AktG)	331
1. Der Normzweck	331
2. Anwendungsfälle	333
a) Ausführung des Beschlusses stellt eine strafbare Handlung oder Ordnungswidrigkeit dar	333
b) Ausführung des Beschlusses führt zur Ersatzpflicht	333
c) Geschäftsführer wird durch den Beschluss abberufen	334
3. Schlussfolgerungen	336
IV. Die Klagebefugnis Dritter	336
D. Die Passivlegitimation	337
I. Die Deutung der Passivlegitimation der Gesellschaft im Aktienrecht	339
1. Die Passivlegitimation der Gesellschaft als Zurechnung des Organhandelns	339
2. Die Passivlegitimation der Gesellschaft als technische Vereinfachung	340
3. Die Passivlegitimation der Gesellschaft als Folge des materiellen Rechts	340
II. Die Übertragung der Passivlegitimation der Gesellschaft auf das Recht der GmbH	341
1. Die Passivlegitimation der GmbH als Grundsatz	341
2. Die Relevanz der »wahren Interessenträgerschaft«	341
3. Die Relevanz der Verteilungswirkung der Passivlegitimation der Gesellschaft	345
E. Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung	346
I. Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung im Recht der Aktiengesellschaft	346
1. Die Reichweite der Rechtskrafterstreckung	346
2. Die Reichweite der Gestaltungswirkung	347

a) Umgestaltung des vorläufig wirksamen Beschlusses	347
b) »Vernichtung« des Beschlusses mit Wirkung gegenüber jedermann	348
aa) Begründungsdefizite der Vernichtungsthese	348
bb) Die Inhaltslosigkeit der Vernichtungsthese	351
c) Die verbleibende Gestaltungswirkung	353
II. Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung im Recht der GmbH	354
1. Die Gestaltungswirkung	355
2. Die Rechtskrafterstreckung	355
a) Die Rechtskrafterstreckung als allgemeines Prinzip des Beschlussmängelrechts	355
aa) Die Effektivität des Abwehranspruches	356
bb) Die Gefahr materiellrechtlicher Widersprüche	357
cc) Die Gefahr der Rechtskraftkollision	357
dd) Schlussfolgerungen	361
b) Die Rechtskrafterstreckung als analoge Anwendung der §§ 248 Abs. 1 S. 1, 249 Abs. 1 S. 1 AktG	361
aa) Die Funktion der §§ 248 Abs. 1 S. 1, 249 Abs. 1 S. 1 AktG im Recht der Aktiengesellschaft	362
bb) Die analoge Anwendbarkeit der §§ 248 Abs. 1 S. 1, 249 Abs. 1 S. 1 AktG im Recht der GmbH	365
F. Prozessuelles	368
I. Streitwertbestimmung	368
II. Zuständiges Gericht und Verbindungsgebot	373
III. Das Freigabeverfahren	375
Teil 6 Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen	381
Abkürzungen	389
Literatur	397
Sachregister	443